

## **Antrag**

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Richard Seelmaecker, Joachim Lenders,  
Stephan Gamm, Franziska Rath (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Sozialindex für Hamburgs Schulen aktualisieren**

In Hamburg gibt es seit 1996 einen Sozialindex für alle staatlichen Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien. Dieser Index, aufgrund seines Entstehungszusammenhangs auch „KESS-Index“ oder „LAU-Index“ genannt, beschreibt die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Hamburger Schulen, die durch verschiedene soziale und kulturelle Zusammensetzungen der jeweiligen Schülerschaft bedingt sind. Theoretisch basiert der Sozialindex auf der von Pierre Bourdieu begründeten soziologischen Theorie des Kapitals.

Der Sozialindex beschreibt die sozialen Rahmenbedingungen an Schulen auf einer Skala von 1 bis 6. Dabei steht eine 1 für Schulen mit sehr schwierigen sozialen Rahmenbedingungen und eine 6 für Schulen mit sehr begünstigten sozialen Rahmenbedingungen.

Für die Berechnung des Sozialindex werden die Schüler sowie deren Eltern schriftlich befragt. Mithilfe von Fragebögen werden zum Beispiel die Bildungsabschlüsse der Eltern erhoben. Außerdem werden regionale Strukturdaten für die Berechnung herangezogen, zum Beispiel die Arbeitslosenquote.

Zwei wichtige Ziele des Sozialindex sind nach Angaben des Senats „Verteilungsgerechtigkeit“ und „faire Vergleiche“. Die Behörde für Schule und Berufsbildung berücksichtigt den Sozialindex bei der Ausstattung von Schulen. Schulen mit schwierigen Rahmenbedingungen erhalten für ihre Schüler zusätzliche Ressourcen, zum Beispiel für kleinere Klassen in Grundschulen oder für Sprachfördermaßnahmen. Das Ziel ist, Ressourcen bedarfsgerecht zu verteilen. Zudem ermöglicht der Sozialindex einen besseren Vergleich der Ergebnisse von Lernstanderhebungen, indem solche Schulen miteinander verglichen werden können, die unter ähnlichen sozialen Rahmenbedingungen arbeiten.

Die letzte Aktualisierung des Sozialindex fand im Jahr 2013, also vor nunmehr fünf Jahren statt.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. den Sozialindex vom Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung aktualisieren zu lassen.
2. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2018 zu berichten.